

558/J XXI.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Petrovic, Lunacek, Freundinnen und Freunde

an die Bundesministerin für Arbeit und Soziales

betreffend Empfehlungen des EU - Rates zur Durchführung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten

In den „Empfehlungen des Rates zur Durchführung der Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten“ für das Jahr 1999 wird für Österreich festgehalten, dass „trotz der im Vergleich zum EU - Durchschnitt höheren Erwerbstätigenquote bei Frauen beträchtliche geschlechtsspezifische Unterschiede im Beschäftigungsbereich bestehen“.

In den Empfehlungen wird Österreich aufgrund dieser Feststellung weiters geraten, eine „umfassende Strategie zur Verringerung der geschlechtsspezifischen Unterschiede im Beschäftigungsbereich“ zu verfolgen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE

1. Welche geschlechtsspezifischen Unterschiede im Beschäftigungsbereich sehen Sie als gesellschaftspolitisches bzw. frauenpolitisches Problem an, gegen das sie etwas unternehmen wollen?
Nennen Sie diese Unterschiede bitte konkret.
2. Welche Maßnahmen gedenken Sie zu setzen, um die genannten geschlechtsspezifischen Unterschiede im Beschäftigungsbereich in Österreich abzubauen?
Nennen Sie bitte für jeden der von Ihnen genannten Unterschiede konkrete Maßnahmen, die Sie zum Abbau dieser Unterschiede durchführen wollen sowie jeweils einen Zeithorizont.

In den Empfehlungen ist von einer „umfassenden Strategie“ zum Abbau geschlechtsspezifischer Unterschiede im Beschäftigungsbereich die Rede.

3. Gibt es eine solche umfassende Strategie der neuen Bundesregierung bzw. speziell Ihres Ministeriums?

Wenn ja: Legen Sie bitte die großen Leitlinien und Grundsatzüberlegungen dieser Strategie dar, welche Ziele genau damit verfolgt werden sollen und bis wann diese Ziele erreicht sein sollen.